

Das Wochenmagazin der SPÖ www.spoe.at



Aktuelle

27. März 2009 - Nr. 12

Gastkommentar zur EU-Wahl von
Franz Vranitzky



.. Es geht um Österreich

Die Bundes-Liste der SPÖ-KandidatInnen für das EU-Parlament wurde präsentiert – ab nun werden den EU-Themen im „SPÖ Aktuell“ verstärkte Aufmerksamkeit gewidmet werden. Wir stellen in dieser Ausgabe natürlich die ersten elf KandidatInnen kurz vor. In einem Interview stellt Spitzenkandidat Hannes Swoboda seine Vorstellungen von einem sozialeren Europa und mehr BürgerInnennähe dar. Und Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter, der den EU-Wahlkampf leiten wird, skizziert kurz die Eckpunkte der Wahlkampagne. Verraten werden kann schon, dass die sozialdemokratischen Organisationen eine sehr wichtige Rolle spielen werden. Abgerundet wird der Europa-Schwerpunkt mit einer Info-Seite zu häufig gestellten Fragen zur EU-Wahl und zum Europäischen Parlament. Einen Elder Statesman, ganz großen Österreicher, Europäer und Sozialdemokraten haben wir für unseren Gastkommentar gewinnen können. Es handelt sich um den ehemaligen Bundeskanzler und SPÖ-Vorsitzenden Franz Vranitzky, der Österreich 1994 in die EU geführt hat, und der darstellt, dass die Europawahl eine Chance ist, die genutzt werden muss.

Eure Redaktion

Highlights der Woche

Die KandidatInnen zur EU-Wahl	4
Interview mit Hannes Swoboda	5
Fragen und Antworten zum EU-Parlament	6
Osteuropa-Hilfe	7
5-Punkte-Programm für LehrerInnen	8
Gastkommentar von Franz Vranitzky	14

Keine Gehaltserhöhung für PolitikerInnen

Im Juli dieses Jahres würde wieder eine Erhöhung der PolitikerInnenbezüge anstehen. Das Regierungsteam hat sich jedoch entschlossen, eine Empfehlung an das Parlament abzugeben, diese Erhöhung heuer auszusetzen. „Wir wollen damit einen notwendigen, gemeinsamen Beitrag in Zeiten der Krise leisten“, erklärte Bundeskanzler Werner Faymann. Betroffen wären davon alle Landtags-, Nationalrats- und Bundesratsabgeordnete, sowie die Re-



Auch die PolitikerInnen schnallen den Gürtel in Krisenzeiten enger.

gierung und der Bundespräsident. Dieser hat übrigens seine Zustimmung bereits kundgetan.

THEMEN DER WOCHE

Welche „Online Communities“ nutzt du?

11 bis 29 Jahre 30 bis 39 Jahre in Prozent

studivz	50,3	22,3
facebook	35,7	30,1
myspace	29,4	14,8
netlog	19,2	6,1
gar keine	14,2	46,3

Quelle: Timescout, f-factory | Grafik: SPÖ

Fast jeder Jugendliche hat sein Facebook

Eine aktuelle Studie hat Jugendliche nach ihrer Nutzung von Facebook & Co befragt. Nur 14,2 % der Elf- bis 29-Jährigen gaben an, bei gar keiner Online-Community dabei zu sein. Wer nicht bei Facebook, studivZ oder anderen sozialen Netzwerken dabei ist, existiert praktisch nicht. Online-Netzwerke werden von den Jugendlichen täglich, aber nur kurz genutzt.

mitreden.spoe.at

Meinungsforum:

EU-Wahl 2009: Warum wählen gehen?

Das EU-Parlament ist das einzige direkt demokratisch gewählte Organ der EU, entscheidet über europäische Gesetze und über den Haushalt der EU, es wählt den Präsidenten der Europäischen Kommission und kontrolliert die anderen EU-Institutionen. Trotzdem fühlen sich viele Menschen vom EU-Parlament nicht vertreten.

Diskutieren Sie auf www.mitreden.spoe.at darüber, warum jede Stimme zählt, damit Europa sozialer, demokratischer und ökologischer wird.



Spöla

SPÖ-Sicherheitssprecher Otto Pendl

Wichtige SPÖ-Forderungen im neuen Integrationspapier

Im neuen Integrationspapier finden sich wichtige Forderungen aus sozialdemokratischer Sicht wieder. SPÖ-Sicherheitssprecher Otto Pendl lobt die große Breite der Integrationsmaßnahmen, die auch die Förderungen von Sportvereinen, die Integrationsmaßnahmen setzen, vorsehen: „Ein ambitioniertes Integrations-Maßnahmenpaket.“ Als „grundsätzlich positiv“ beurteilt die SPÖ-Integrationssprecherin Andrea Lueger den Nationalen Aktionsplan für Integration.

Zitat der Woche

„Wenn heute die Eltern 160 Mio. Euro für Nachhilfe ausgeben, dann brauchen wir einfach eine bessere öffentliche Schule und mehr Zuwendung für die Kinder.“

Bildungsministerin
Claudia Schmied in der
ORF-„Pressestunde“, 22. 3. 2009

ÖBB: Misswirtschaft blau-oranger Zeiten

Einen höheren ÖBB-Verlust als bisher angenommen befürchtet FSG-Vorsitzender und NR-Abgeordneter Wilhelm Haberzettl. Grund: Spekulationsgeschäfte und Missmanagement vergangener Jahre. Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter dazu: „Die verhängnisvollen“ Finanzspekulationen der ÖBB sind in der Zeit des ‚Vorarlberg too small‘-Mannes Gorbach anzusiedeln, Struktur- und Management-Probleme reichen bis zur ‚Stöckelschuh-Erlass‘-Ministerin Forstinger zurück. Infrastrukturministerin Doris Bures hat die wenig beneidenswerte Aufgabe, in Mammutprogrammen die ärgsten Folgen der Misswirtschaft blau-oranger Zeiten zu beseitigen.“



Spöla

SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter



Zimmer

STANDPUNKT

Europa, ja aber ...

Viele KommentatorInnen rätseln, wie die SPÖ den Wahlkampf anlegen will. Eigentlich ganz einfach: Wir wollen ein Europa der ArbeitnehmerInnen. Ein Europa, in dem die Jungen in sozialem Frieden aufwachsen.

Wir wollen kein Europa der LobbyistInnen, der Konzerne und der Bürokratie. Wir haben den Willen, ein Europa der Menschen zu gestalten, in dem die Kommission ihre Hausaufgaben macht und tatsächlich dringende Maßnahmen umsetzt, um die Probleme der EuropäerInnen zu bekämpfen. Soziale Mindeststandards sind doch viel wichtiger als Gurkenkrümmungsrichtlinien.

Ich sehe mich jetzt schon als brutale EU-Kritikerin zitiert, so als ob es nur ein „Ja“ oder „Nein“ gäbe. Auf dieses Spiel will ich mich gar nicht einlassen. Ich bin mit der Europäischen Union aufgewachsen und bin so selbstverständlich Europäerin, wie Österreicherin und in meinem Fall Wienerin. Genau deshalb muss es auch ein „Ja aber“ geben. KritikerInnen meinen, das geht nicht? Und ob das geht. Im Jahr 2000 habe ich gegen Schwarz-Blau demonstriert, nicht obwohl ich Österreich liebe, sondern gerade weil ich Österreich liebe. Damals haben wir gemeinsam bei Wind und Wetter gegen die Rechten in der Regierung, gegen Neoliberalismus a la Grasser und Schüssel und für eine neue Politik gekämpft. Heute müssen wir Sozialdemokratinnen wieder deutlich machen, dass wir für unser Europa – ein soziales Europa – stehen.

Die Wahlen zum Europäischen Parlament kommen gerade zum richtigen Zeitpunkt. Der Zusammenbruch des Neoliberalismus und die damit verbundenen Auswirkungen auf die Wirtschaft zeigen in drastischer Weise, dass bisher in der Europäischen Union etwas grundlegend falsch gelaufen ist. Zu



Fotolia

Wir SozialdemokratInnen kämpfen mit aller Kraft für ein soziales Europa

„Ich bin mit der Europäischen Union aufgewachsen und bin so selbstverständlich Europäerin, wie Österreicherin.“

sehr waren bislang Marktchancen und die Profitgier einzelner Lobbys Grundlage für Entscheidungen. Das war im wahrsten Sinne des Wortes Politik der Marke „uralt“.

Um europäische Politik für die Menschen zu machen, braucht es eine europäische Identität. Es hat einen Grund, warum andere Parteien beim Thema Volksabstimmungen so nervös werden. Es hat einen Grund, warum Menschen nicht eingebunden werden – herrschende Eliten haben Mitbestimmung nicht so gerne. Gäbe es eine einheitliche europäische Identität, wären viele Entscheidungen, die den Men-

schen und ihren Bedürfnissen widersprechen nicht möglich. Gäbe es eine einheitliche europäische Sozialpolitik, gäbe es kein Lohndumping. Gäbe es tatsächlich breite europäische Mitbestimmung, wären die Lobbyisten arbeitslos. Aber es gefällt den Lobbyisten, Spekulanten und Eliten, dass die Wahlbeteiligung bei 42 % liegt.

Wir SozialdemokratInnen haben eine andere Vorstellung davon, wie Politik zu funktionieren hat. Wir SozialdemokratInnen lieben das Friedensprojekt Europa zu sehr, als dass wir es profitgierigen SpekulantInnen überlassen werden. Die Wahl zum Europäischen Parlament am 7. Juni ist in diesem Sinne eine wirklich wichtige Richtungsentscheidung. Entweder mit der alten Politik der neoliberalen Profitgier weiter in den Abgrund, oder vorwärts in eine soziale, gerechte und demokratische Zukunft Europas. ♦

Ein starkes Team für

Das Ziel der SPÖ ist eindeutig: Man will wieder als stärkste österreichische Partei ins Europäische Parlament einziehen.



Bundeskanzler Werner Faymann präsentiert nach dem Bundesparteipräsidium SPÖ-Spitzenkandidat Hannes Swoboda und Listenzweite Evelyn Regner.

Die SPÖ ist die starke Vertretung der sozialen Anliegen in Europa“, betonte Bundeskanzler Werner Faymann im Rahmen der Präsentation des SPÖ-Teams für Brüssel. Klar ist, dass man auch im EU-Wahlkampf auf soziale Themen setzen wird, wie SPÖ-Bundesgeschäftsführer und Wahlkampfleiter Günther Kräuter erläutert. Die Verteidigung und Durchsetzung österreichischer Interessen, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die Überwindung der aktuellen Wirtschaftskrise und damit verbunden die Schaffung einer gerechteren Wirtschaftsordnung, die Stärkung der sozialen Sicherheit, mehr Bürgernähe der EU und der Einsatz für Frieden und Sicherheit werden die zentralen Punkte sein, für die sich die SPÖ stark machen wird. Mit „Europatalks“ wird den Menschen in der Partei die Möglichkeit geboten, ihre Ideen zur Verbesserung der EU zu diskutieren. Darüber hinaus sollen die sozialdemokratischen Organisationen eng eingebunden werden.

Die SPÖ-KandidatInnen für die EU-Wahl



SPE

Hannes Swoboda

Mit Hannes Swoboda führt ein arrivierter Europapolitiker die KandidatInnenliste der SPÖ für die EU-Wahl an. Bereits seit 1996 ist Swoboda EU-Abgeordneter, mittlerweile ist er zum Vizepräsidenten der SPE-Fraktion aufgestiegen.



ÖGB

Evelyn Regner

Regner wurde vom FSG für die EU-Wahl nominiert. Die Juristin, die Leiterin des ÖGB-Büros in Brüssel war, will sich vor allem für soziale Mindeststandards auf europäischer Ebene einsetzen.



SPE

Jörg Leichtfried

Der Steirer Leichtfried ist seit 2004 als Abgeordneter im EP tätig. Ein besonderes Anliegen ist ihm die europäische Verkehrspolitik und auch der Tierschutz darf nicht zu kurz kommen.



SPÖ NÖ

Karin Kadenbach

Die akademisch geprüfte Werbekauffrau hat in Niederösterreich politisch viel geleistet, sei es als Landesgeschäftsführerin oder als Landesrätin für Gesundheit und Umweltschutz. Nun will sie im EP ihre Erfahrungen einbringen.



SPE

Josef Weidenholzer

Als Wissenschaftler hat sich Josef Weidenholzer einen Namen und als Institutsvorstand an der Uni Linz verdient gemacht. Sein soziales Engagement stellt er als Präsident der Volkshilfe unter Beweis und ist somit prädestiniert, sich für ein soziales Europa einzusetzen.



Rigaud

Maria Berger

Die ehemalige Justizministerin fungiert derzeit als Delegationsleiterin der SPÖ-Europaabgeordneten, bereits zwischen 1996 und 2007 war sie als EU-Abgeordnete im EP vertreten.

ein soziales Europa



SPE

Christa Prets

Gleichstellungs- und Kulturfragen sind jene Themengebiete, mit denen sich Prets vorrangig im EP auseinandersetzt.

Die frühere Bürgermeisterin von Pötsching ist seit 1999 im EP und Kultursprecherin der SPE-Fraktion.



SPE

Herbert Bösch

Bösch ist bereits seit dem EU-Beitritt Österreichs Mitglied des EP. Der Vorarlberger setzt sich für mehr Kontrolle ein, besonders beim Finanzmarkt braucht es mehr Aufsicht.



SPE

Heidi Hirschbichler

Die erfolgreiche Salzburger Landespolitikerin ist ein neues Gesicht auf der KandidatInnenliste. Sie ist Abgeordnete zum

Salzburger Landtag, und als Landesgeschäftsführerin des ÖGB in Salzburg sind auch ihr die Interessen der ArbeitnehmerInnen ein großes Anliegen.



Privat

Kerstin Zlender

Zlender ist mit ihren 29 Jahren die jüngste unter den KandidatInnen. Sie hat das politische Handwerk in den Jugendorganisationen erlernt, wo sich die junge Kärntnerin vor allem um Frauenanliegen gekümmert hat.



SPÖ Tirol

Max Unterrainer

Unterrainer geht für die Tiroler ins Rennen um einen Sitz im EP. Der Betriebswirt hat in seiner Heimatgemeinde als Finanzreferent und Vizebürgermeister viel zum Besseren bewegt.

INTERVIEW

Für Österreich – Für Europa

SPÖ-Spitzenkandidat Hannes Swoboda spricht im „SPÖ Aktuell“-Interview über ein sozialeres Europa, die BürgerInnennähe der EU und die Frage des Türkei-Beitritts.

SPÖ Aktuell: Sie führen die SPÖ-Liste für die EU-Wahl als Spitzenkandidat an. Wo sehen Sie Ihre persönlichen Stärken?

Hannes Swoboda: Ich bin bereits seit Ende 1996 Mitglied im Europäischen Parlament (EP). Aufgrund meiner langjährigen Tätigkeit habe ich die unglaublichen Wandlungen, der die EU in den letzten Jahren unterzogen wurde, hautnah miterlebt. Damit meine ich beispielsweise das Anwachsen auf 27 Mitgliedstaaten und damit die Integration Osteuropas oder die Einführung des Euro. Mein großer Erfahrungsschatz und mein Engagement für die europäische Idee haben dazu geführt, dass ich mittlerweile als Vizepräsident der SPE-Fraktion tätig bin. Diese Erfahrungen möchte ich auch weiterhin einbringen – für Österreich und für Europa.

Was ist für Sie die besondere Herausforderung an dieser EU-Wahl?

Hannes Swoboda: Die Wirtschaftskrise trifft ganz Europa. Die Menschen sind verunsichert, bangen um ihre Arbeitsplätze. Gerade jetzt ist es wichtig, sich für ein sozialeres Europa stark zu machen, die EU darf nicht mehr nur als Wirtschaftsunion wahrgenommen werden. Die SPÖ wird sich daher bei dieser Wahl vehement für soziale Mindeststandards einsetzen und dafür, dass die Staaten der EU alles daran setzen, die Wirtschaftskrise gemeinsam zu bewältigen. Damit dies gelingt, braucht es eine starke Sozialdemokratie auf europäischer Ebene.



SPÖ-EU-Spitzenkandidat
Hannes Swoboda

Ein Thema, das immer wieder die Gemüter bewegt und das auch im Vorfeld der EU-Wahl immer wieder angesprochen wird, ist ein etwaiger EU-Beitritt der Türkei. Was ist Ihre Position dazu?

Hannes Swoboda: Die Debatte um einen Türkei-Beitritt ist in Wirklichkeit im Moment nicht relevant. Aufgrund der langsam vorangehenden Reformen in der Türkei steht ein Abschluss in den nächsten 5 bis 10 Jahren nicht zur Dis-

kussion. Aber die Türkei ist ein wichtiger Partner der EU besonders in Sicherheits- und Energiefragen, ich plädiere daher für einen Sondervertrag zwischen Ankara und der EU. All jene, die jetzt das Phantasiethema Türkeibeitritt ansprechen, wollen die Menschen verunsichern und haben keine wirklichen Themen für den Wahlkampf.

Von vielen wird immer wieder bemängelt, dass die EU zu intransparent und zu wenig bürgernah ist. Wie kann diesem Vorwurf begegnet werden?

Hannes Swoboda: Stimmt – hier gibt es sicher Mängel, die Umsetzung des Lissabon-Vertrages würde aber viel dazu beitragen, den BürgerInnen mehr Einblicke in die EU zu gewähren. Dort ist beispielsweise festgeschrieben, dass Tagungen des Rates in Zukunft via TV oder Radio übertragen werden. Und auch ein europaweites BürgerInnenbegehren wäre dann möglich. Darüber hinaus ist eine Aufwertung des EP vorgesehen. All dies würde helfen, den Menschen Europa näher zu bringen. ♦

Großer Erfolg für Faymann

Die osteuropäischen Staaten werden nicht allein gelassen. Auf Initiative von Bundeskanzler Werner Faymann wurde beim EU-Gipfel eine Verdoppelung der Notkredithilfen für Osteuropa beschlossen.

Bereits Ende Jänner war für Bundeskanzler Werner Faymann klar: Die osteuropäischen Staaten brauchen Hilfe, um die Wirtschaftskrise meistern zu können. Deshalb entwickelte man die Idee eines Osteuropa-Pakets. In guten wirtschaftlichen Zeiten habe Österreich von der prosperierenden Wirtschaft Osteuropas profitiert, in wirtschaftlich schwierigen Zeiten sei es daher angebracht, den osteuropäischen Staaten zu

„Je schneller die Wirtschaft im Osten wieder in Schwung kommt, desto schneller wird sich auch die Wirtschaft in den ‚alten EU-Ländern‘ erholen.“

SPÖ-Europasprecherin Elisabeth Grossmann

helfen, wie Faymann stets betonte. Anfangs stieß die Idee in den anderen EU-Staaten auf wenig Gegenliebe. Bei seinen Staatsbesuchen in Deutschland und Frankreich hat der Bundeskanzler versucht, die Wichtigkeit einer Osteuropa-Hilfe zu verdeutlichen. Die stete Überzeu-



Beim Frühjahrsgipfel in Brüssel hat Österreich bewiesen, dass auch ein kleines Land viel bewegen kann. Den osteuropäischen Staaten wird auf Initiative Österreichs in der Wirtschaftskrise geholfen.

ZUM THEMA

Kampf den Steuersündern

Gemeinsam mit der OECD konnte eine Lösung im Kampf gegen Steuerhinterziehung gefunden werden. Österreich lockert sein Bankgeheimnis gegenüber Anfragen aus dem Ausland. Liegt zukünftig ein „gut dokumentierter, begründeter Verdacht“ auf ein Steuervergehen vor, gibt Österreich Kontoinformationen an ausländische Behörden weiter. Das in Paragraph 38 Bankwesengesetz (BWG) festgehaltene und in Verfassungsrang stehende österreichische Bankgeheimnis muss dadurch nicht geändert werden. Damit ist garantiert, dass der kleine Sparer auch weiterhin durch das Bankgeheimnis geschützt ist, wie Finanzstaatssekretär Andreas Schieder betont.

gungsarbeit des Bundeskanzlers und der anderen Regierungsmitglieder hat nun Wirkung gezeigt. Beim EU-Gipfel am 19. und 20. März in Brüssel hat man sich darauf geeinigt, eine Erhöhung der Hilfsmittel für Osteuropa vorzunehmen. Die Pläne sehen im Detail eine Verdoppelung der Notkredithilfen für Nicht-Euro-Staaten in Mittel- und Osteuropa auf 50 Milliarden Euro vor. Die Krisenhilfe des Internationalen Währungsfonds soll von 250 auf 500 Milliarden Dollar (369 Milliarden Euro) aufgestockt werden, der Anteil der europäischen Länder soll 75 Milliarden Euro betragen. Die Verdoppelung des Rahmens für Notkredithilfen ist ein wichtiger Erfolg in den Bemühungen um die Stabilisierung von osteuropäischen Ländern, die sich in finanziellen Schwierigkeiten befinden. Die EU-Kredite dienen zur Unterstützung

von Darlehen, die der Internationale Währungsfonds gewährt. Bundeskanzler Faymann zeigte sich nach dem Brüsseler Gipfel erfreut über das erzielte Verhandlungsergebnis. Österreich habe seinen „Beitrag geleistet“ und mit „einem konkreten Erfolg ein Stück des Weges in Richtung Stabilität in Osteuropa geschafft“.

Auf die EU ist Verlass

Für SPÖ-Europasprecherin Elisabeth Grossmann hat die EU mit dem Beschluss der Osteuropa-Hilfe unter Beweis gestellt, dass „Solidarität nicht nur ein leeres Schlagwort ist“. Ein deutliches Signal, dass sich jeder Partner und jedes Mitgliedsland der EU auf die Stabilität Europas verlassen kann, ist der Beschluss für SPÖ-Finanzsprecher Jan Krainer. ♦

Wie funktioniert das EU-Parlament?

„SPÖ Aktuell“ beantwortet die wichtigsten Fragen zum EU-Parlament und zur EU-Wahl.

Wann wird gewählt?

Die Bürger der 27 Mitgliedsstaaten sind im Zeitraum vom 4. bis zum 7. Juni aufgerufen mit ihrer Stimme eine oder einen Abgeordneten ins Parlament zu wählen. In Österreich wird am 7. Juni gewählt.

Welches Gremium wird gewählt?

Das Europäische Parlament wird als einzige Institution der EU demokratisch von den BürgerInnen Europas gewählt. Und das alle fünf Jahre. Derzeit gibt es 785 EU-Abgeordnete aus den 27 Mitgliedsstaaten, die in insgesamt sieben Fraktionen organisiert sind. Zur Bildung einer Fraktion bedarf es mindestens 20 Europaabgeordneter aus mindestens fünf EU-Mitgliedsstaaten. Stärkste Fraktion ist die der Konservativen mit 288 Sitzen, gefolgt von den SozialdemokratInnen mit 217 Sitzen (Vorsitzender: Martin Schulz) und den Liberalen mit 100 Abgeordneten. Österreich stellt insgesamt 18 Abgeordnete.

Wer darf wählen?

Grundsätzlich gilt, dass alle UnionsbürgerInnen mit Hauptwohnsitz in Österreich hier auch wahlberechtigt sind. Jede und jeder Wahlberechtigte kann seine Stimme auch per Briefwahl abgeben. Für österreichische StaatsbürgerInnen gilt als Wahlalter 16 Jahre.

Was sind die Aufgaben der EU-ParlamentarierInnen?

Die Mitglieder des Europäischen Parlaments wirken an der europäischen Gesetzgebung mit (legislative Aufgabe), üben demokratische Kontrolle aus, befinden über den EU-Haushalt und wachen über die Vergabe sowie den Einsatz der Gelder. Das Europäische Parlament wählt



Das Europäische Parlament

den Präsidenten der Europäischen Kommission und kontrolliert die anderen EU-Institutionen. Die europäische Wirtschaft, der Schutz der Umwelt, Lebensmittelqualität und Konsumentenschutz, die Gleichstellung von Frauen und Männern, Arbeitnehmerschutz, Beschäftigung, eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU und eine intensivere Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Innere Sicherheit, gehören zu den Schwerpunkten der parlamentarischen Arbeit.

Was wird in den EU-Ausschüssen getan?

Die ParlamentarierInnen arbeiten in den verschiedensten Ausschüssen des Europäischen Parlaments Berichte zu Gesetzesvorschlägen und anderen Fragen aus, die dann bei den Plenartagungen in Straßburg und Brüssel verabschiedet werden. Weiters stellen sie schriftliche und mündliche Anfragen an Kommission und Rat, nehmen an interparlamentarischen Ausschüssen teil und setzen sich mit Problemen der europäischen Integration auseinander.

Was tun die Fraktionen?

Vor jeder Abstimmung im Plenum prüfen die Fraktionen die Berichte aus den

parlamentarischen Ausschüssen und reichen Änderungsanträge ein. Kein Mitglied einer Fraktion kann zu einer bestimmten Stimmabgabe verpflichtet werden.

Was tun die Delegationen des EU-Parlaments?

Jede Abgeordnete und jeder Abgeordnete des Europäischen Parlaments arbeitet in zumindest einer Delegation. Die Delegationen dienen dem kontinuierlichen Dialog auf parlamentarischer Ebene mit Drittstaaten und regionalen Organisa-

tionen, wie ASEAN einschließlich Südostasien und Korea.

Eine weitere Aufgabe der Delegationen ist, die Situation in Drittstaaten zu beobachten und zu analysieren, was im Vorfeld von Assoziierungsabkommen und Beitritten besonders wichtig ist. Im Blickpunkt steht hier vor allem die Einhaltung der Menschenrechte.

Sind kleine Staaten wie Österreich benachteiligt?

Die kleineren und mittleren Staaten sind im Europäischen Parlament proportional stärker vertreten als die größeren. So repräsentiert beispielsweise ein EU-Abgeordneter oder eine -Abgeordnete aus Österreich rund 450.000, ein deutscher EU-Abgeordneter rund 835.000 Bürger.

Welche Zuständigkeiten hat die EU?

Die Mitgliedsstaaten der EU haben in den Verträgen der EU genau festgelegt, in welchen Bereichen die EU tätig werden kann. Ausschließliche Zuständigkeiten und damit allein das Recht, Gesetze zu erlassen, die dann unmittelbar in allen Mitgliedsstaaten gelten, hat die EU nur für die Bereiche Wettbewerb im Binnenmarkt, die Zollunion und die Außenhandelspolitik. ♦

BILDUNG

Alles für die Schule der Zukunft

Mit einem 5-Punkte-Programm setzt Bildungsministerin Claudia Schmied einen historischen Schritt zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen für unsere LehrerInnen.



„Es muss gelingen, mehr Kinder in eine höhere Bildung zu bringen“ – dafür kämpft Bildungsministerin Claudia Schmied.

Lehmann

neuen LehrerInnen höhere Einstiegsgehälter bringt. Angeboten wird von Schmied weiters die sofortige Einrichtung einer Arbeitsgruppe zum Ausbau der Schulautonomie. Und mit dem mittleren Management an größeren Schulstandorten sollen LehrerInnen von administrativen Tätigkeiten möglichst freigespielt werden, während von der neuen, zeitgemäßen LehrerInnen-Ausbildung noch in dieser Legislaturperiode die ersten Studierenden profitieren sollen. In Summe werden mit diesem 5-Punkte-Programm, das wesentlicher Teil der Bildungsreform ist, die LehrerInnen-Arbeitsbedingungen massiv verbessert. Dessen ungeachtet hat

„Eine moderne und neue Schule mit besseren Chancen für unsere Kinder und die nächste Generation kann nicht einfach geopfert werden, nur weil man einem Konflikt aus dem Weg gehen will.“

Bundeskanzler Werner Faymann

die Bundeskonferenz der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst am Mittwoch einen so genannten „Vorratsbeschluss“ gefasst, der das Präsidium ermächtigt, jederzeit einen Streik der LehrerInnen auszurufen.

HINTERGRUND

„ProfsPro“ pro Schmied

Unterstützt wird Bildungsministerin Claudia Schmied in ihren Reformen jetzt auch von der neuen Internet-Plattform „ProfsPro“, die von AHS-Lehrer und Personalvertreter Daniel Landau als Sprachrohr für reformbereite LehrerInnen gegründet wurde. Im Zentrum dieser unabhängigen Initiative steht das „Lehren als Ermöglichen statt eines Verhinderns“. Alle LehrerInnen und auch alle an Bildung interessierten Menschen sind eingeladen, einen reformorientierten und konstruktiven Dialog zu führen. Die Plattform tritt dafür ein, dass „die Frau Bildungsministerin die Möglichkeit erhält, pädagogische Arbeit im schwierigen (wirtschaftlichen) Umfeld entsprechend positiv zu positionieren“.

Alles Weitere unter: www.profspro.at

Das umfassende Maßnahmenpaket ermöglicht es, die Arbeitsbedingungen im Lebens- und Arbeitsraum Schule an die Bedürfnisse unserer LehrerInnen heranzuführen. Im Detail sieht das 5-Punkte-Programm – ab dem kommenden Schuljahr – eine Modernisierung der LehrerInnen-Arbeitsplätze vor. Angefangen von Netbooks mit Internet-Anschluss bis zur vollkommenen Neugestaltung der Konferenzzimmer zu modernen Großraumbüros. Weiters wird bei allen Neubauten und Sanierungen besonders auf die Verbesserung der LehrerInnenarbeitsplätze geachtet. Etwa dadurch, dass die Arbeitsfläche pro LehrerIn von 1,5 auf 3 Quadratmeter verdoppelt wird. Bessere Arbeitsbedingungen und Entlastung werden aber auch durch kleinere Klassen und Kleingruppenunterricht geschaffen.

Rasch umgesetzt werden soll auch das neue Dienst- und Besoldungsrecht, das

Über 5.300 neue LehrerInnen

Für Schmied ist ein Stopp der Bildungsreform freilich undenkbar. Denn das würde nicht nur einen Rückfall in die bildungspolitische Steinzeit bedeuten, sondern auch 4.100 LehrerInnen-Jobs gefährden, die bedroht wären, wenn z.B. die kleineren Klassen zurückgefahren werden müssen. Und: Es könnten bis 2013 insgesamt über 5.300 neue LehrerInnen eingestellt werden, wenn die Bildungsreform, die nur durch die Strukturreform möglich ist, weitergeführt wird. Nach Jahren der Blockade wäre es auch hoch an der Zeit, dass die Schulreformen endlich umgesetzt werden können. Und das am besten gleich mit der Verwaltungsreform, zeigt doch die jüngste Analyse des Rechnungshofs, dass im Bereich der Schulverwaltung – so wie von Schmied geplant – rasche Reformschritte kommen müssen. ♦

INFRASTRUKTUR

Rekordinvestitionen in Schiene und Straße

Rekordinvestitionen in Infrastrukturprojekte sichern 50.000 Arbeitsplätze und machen Bahn und Straße fit für die Zukunft.



Infrastrukturministerin Doris Bures setzt mit Investitionen den Kampf der Bundesregierung um jeden Arbeitsplatz um.

Bis 2014 werden insgesamt 13,9 Mrd. Euro in den Ausbau der Schiene und 8,6 Mrd. Euro in die Straße investiert. Das ist die höchste Investition in die österreichische Infrastruktur in der Geschichte der Zweiten Republik. Seit Februar 2008 ist die Arbeitslosigkeit in der Baubranche um 32 Prozent gestiegen. Die Bundesregierung kämpft mit diesen Rekordinvestitionen für Beschäftigung und schafft einen Mehrwert für die Zukunft. Damit wird auch ein wesentlicher Beitrag für die Zeit nach der Krise geleistet und rasch und klug investiert. Diese Maßnahmen machen nicht nur Bahn und Straße fit für die Zukunft, sondern sichern auch 50.000 Arbeitsplätze. Ein wichtiger Beitrag in wirtschaftlich schwierigen Zeiten, in denen die Bundesregierung um jeden einzelnen Arbeitsplatz kämpft. Im Rahmen der In-

frastrukturoffensive werden nicht nur zahlreiche baureife Projekte vorgezogen, sondern auch neue Projekte geschaffen. Da rasches Handeln als Gebot der Stunde gilt, werden bereits im März und April 50 neue Bauprojekte mit einem Volumen von einer halben Milliarde Euro starten. Als größte Schwerpunkte im Bereich der Bahn gelten der Ausbau der Bahnstrecken, die Sanierung und der Bau von rund 100 Bahnhöfen, die Sicherung von 100 gefährlichen Bahnübergängen sowie die Erneuerung des bestehenden Streckennetzes. „Wir werden aus Gleisen der Monarchie Bahnstrecken des 21. Jahrhunderts machen“, so Infrastrukturministerin Doris Bures.

Durch den Ausbau der Schiene ist es künftig möglich, beispielsweise die Strecke Wien-St. Pölten in der Hälfte der bisherigen Fahrzeit zurückzulegen: Ein

„Die Bundesregierung hat sich vorgenommen in der Krise rasch zu handeln. Dies ist wichtig für den Wirtschaftsstandort, sichert Arbeitsplätze und lässt uns gestärkt aus der Krise hervorgehen.“

Infrastrukturministerin Doris Bures

großer Anreiz für PendlerInnen vom Auto auf das umweltfreundliche Verkehrsmittel Bahn umzusteigen. Auch im Bereich der Straße sind zahlreiche Maßnahmen geplant. Dabei handelt es sich hauptsächlich um Lückenschlüsse, Sanierungsmaßnahmen und Investitionen in die Sicherheit wie beispielsweise der Verbreiterung von Pannestreifen. ♦

ZAHLEN, DATEN, FAKTEN

Die wichtigsten Investitions-Eckdaten

Die Gesamtinvestitionen für Schiene und Straße werden vom bestehenden Rekordniveau noch einmal erhöht. Im Vergleich zur Laufzeit 2008-2013 werden im neuen Rahmenplan und Bauprogramm rund 3,6 Milliarden Euro mehr investiert.

Waren es in der sechsjährigen Zeitspanne 2008 bis 2013 zusammen 18,8 Milliarden Euro, sind jetzt für 2009-2014 in Summe ca. 22,5 Milliarden Euro vorgesehen, davon 900 Millionen vorgezogene Projekte aus dem Konjunkturpaket.

13,9 Milliarden werden in Bahn-Projekte investiert, 8,6 Milliarden in die Straße; das heißt, mehr als 60 Prozent wird in die Bahn, knapp 40 Prozent in die Straße investiert.

Im Jahresdurchschnitt investieren wir bis 2014 2,3 Milliarden Euro in die Schiene und 1,4 Milliarden Euro in Autobahnen und Schnellstraßen.

Zusammengerechnet: Jedes Jahr werden durchschnittlich 3,74 Milliarden Euro investiert.

Im Vergleich zur Periode 2008-2013: Pro Jahr werden um 600 Millionen Euro mehr investiert.

WIRTSCHAFT

Mit Staatsbank gegen Kreditklemme

Finanzstaatssekretär Andreas Schieder plädiert dafür, die zur Jahreswende verstaatlichte Kommunalkredit als Instrument für einen leichteren Kreditzugang einzusetzen.

Die Industrie fordert staatliche Garantien für ihre Anleihen, um auf diese Weise Finanzierungen sicherzustellen. Eine bessere Lösung wäre es, die staatliche Kommunalkredit damit zu beauftragen, der Wirtschaft langfristig Kredite zur Verfügung zu

„Schieder-Vorstoß ist eine richtige Maßnahme zur Unterstützung der Wirtschaft.“

**SPÖ-Wirtschaftssprecher
Christoph Matznetter**

stellen“, regt Finanzstaatssekretär Andreas Schieder an. „Unternehmen haben derzeit Schwierigkeiten, langfristige Finanzierungen aufzutreiben. Mit langfristig meine ich einen Zeitraum von mehr als fünf Jahren. Das ist deshalb ein Problem, weil damit auch jene Investitionen auf Eis liegen, die sehr positive Effekte auf Konjunktur und Beschäftigung haben“, konstatiert Schieder. Die Kom-



APA

Schieder will, dass die Kommunalkredit mit öffentlichem Geld ausgestattet wird, um die Wirtschaft anzukurbeln.

munalkredit könnte langfristige Finanzierungen für Betriebe zur Verfügung stellen und damit „die Rolle eines Eisbrechers“ unter den Banken übernehmen. Finanziert sollten nur gute Projekte von kreditwürdigen Kunden werden, und

zwar zu „marktkonformen Bedingungen“, sagt Schieder. SPÖ-Wirtschaftssprecher Christoph Matznetter unterstützt ausdrücklich den Vorstoß von Schieder: „Ein wichtiger Vorschlag. Man sieht, dass die SPÖ die besseren Lösungen hat.“ ♦

GEMEINDEN

Faymann erleichtert Bauauftragsvergabe

Dank der Verordnung von Bundeskanzler Werner Faymann sollen Gemeinden künftig Bauvorhaben bis zu einem Volumen von 100.000 Euro ohne Ausschreibung vergeben können. Es fehlt nur noch die Zustimmung der Bundesländer.



Die Verordnung von Werner Faymann sichert Arbeitsplätze.

Sehr positiv beurteilt SPÖ-Wirtschaftssprecher Christoph Matznetter die rasche Reaktion von Kanzler Faymann auf die wichtigen Forderungen der Kommunen. Erst vor wenigen Tagen hat der Gemeindebund die Erhöhung der Freivergabe für Bauaufträge von 40.000 auf 100.000 Euro gefordert. Jetzt hat Faymann per Verordnung die Grenze auf 100.000 Euro angehoben. In Kraft tritt sie allerdings erst, wenn die Bundesländer zustimmen. Wenn die Länder rasch ihr OK geben, wäre ein Inkrafttreten der Verordnung ab 1. Mai möglich, heißt es aus dem Bundeskanzleramt. Die Verordnung ermöglicht die rasche Vergabe von Aufträgen

seitens der Gemeinden ohne monatelange Ausschreibungsverfahren. Auch bei den sogenannten „nicht offenen Verfahren“, bei denen die Gemeinden ohne vorherige Bekanntmachung eine bestimmte Anzahl von Unternehmen zur Angebotslegung einladen müssen, will Faymann die Auftragsvergabeverfahren verkürzen. Er will die Freivergabegrenze von 120.000 auf künftig eine Million Euro anheben und so die Wirtschaft ankurbeln und Arbeitsplätze schaffen. Die Voraussetzung für rasche Vergabe von Bauaufträgen hat die Regierung Faymann in Rekordtempo geschaffen und damit einen wichtigen Impuls für die Wirtschaft in Zeiten der Krise gesetzt. ♦

Politik

Gescheitert

Flassbeck zeigt, wie und warum die Politik längst vor der Wirtschaft kapituliert hat und fordert eine radikale Umkehr.

Die große Krise bringt an den Tag, was der globale Boom für ein paar Jahre verdeckt hatte: Die deutsche Wirtschaftspolitik hat kein Konzept, weder für den Boom noch für die Krise. Das ist leider nicht neu. In deutschen Ministerien wurstelt man seit drei Jahrzehnten ohne jede klare Idee vor sich hin. Dazu biedern sich alle Parteien ausschließlich der Logik der Unternehmen an. Das hat zur Folge, dass Politik und Gesellschaft nur noch von Einzelinteressen dominiert werden. Jetzt aber wird es wirk-

lich gefährlich. Nachdem das neoliberale Modell endgültig gegen die Wand gefahren ist, steht die deutsche Wirtschaftspolitik vor einer fundamentalen Wende. Reagiert sie nicht aus eigenen Stücken, werden die Verhältnisse sie zwingen. Deutschland muss endlich wirtschaftspolitisch erwachsen werden. Heiner Flassbecks neues Buch ist ein Muss für alle, die gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge verstehen und bei den aktuellen wirtschaftspolitischen Diskussionen mitreden wollen. ♦

Biographie

Über Joseph Roth

Eine neue Biographie schildert brillant das leidenschaftliche Leben des österreichischen Schriftstellers Joseph Roth.

Er führte ein ebenso leidenschaftliches wie zerrissenes Leben: Joseph Roth avancierte vom Außenseiter aus Ostgalizien zum Wiener Studenten und Weltkriegssoldaten, vom Starjournalisten der Weimarer Republik zum Autor mit Weltruhm – und starb als verlorener Trinker im Pariser Exil. 70 Jahre nach dem Tod von Joseph Roth widmet sich nun eine neue Biographie dem großen Schriftsteller und erzählt dessen Leben ebenso packend wie kenntnisreich. Roth war bekennender Ostjude mit Neigung zum

Katholizismus, Pazifist und Einjährig-Freiwilliger im Ersten Weltkrieg, weitherziger Moralist und begnadeter Polemiker: Kaum ein Autor des 20. Jahrhunderts war so widersprüchlich und so geschickt darin, seine eigene Biographie ständig neu zu erfinden. In dieses von vielen Mythen durchflochtene Selbstbild bringt der renommierte Publizist Wilhelm von Sternburg jetzt Licht und Klarheit. Er legt Roths Motive frei und schildert faktenreich dessen wichtigsten Lebensstationen. ♦

Sachbuch

Tschüss, ihr da oben

Vom vielleicht baldigen Ende des Kapitalismus berichtet diese scharfe politische Analyse.

Das Kapital von Superreichen verzinst sich stündlich mit 200.000 Euro. Wenn sie nicht reicher werden wollen, müssen sie das Geld schon verjuxen – statt Luxuskarossen oder Riesenjachten zu kaufen. Warum schauen wir tatenlos zu? Haben wir uns an die Auswüchse des Kapitalismus gewöhnt? Wollen, ja dürfen wir sie noch länger akzeptieren? Zudeick zeigt, warum kein Weg daran vorbeiführt, die Systemfrage zu stellen. Alles längst bekannt: Milliardengewinne hier, Kinderarmut da, Versager

erhalten Millionenabfindungen, der Staat darf für Verluste aufkommen. Täglich überfluten uns neue Meldungen über die Auswüchse des Kapitalismus – und bislang schauen wir zu. Doch die Zeiten haben sich geändert. Die Bürger wollen nicht länger die Maßlosigkeiten einer Clique von Überprivilegierten, die sich für die Elite halten, hinnehmen. Was aber muss passieren, dass die Interessen des Menschen wieder in den Mittelpunkt gerückt werden? Peter Zudeick hat Antworten formuliert. ♦

☐ Stk.

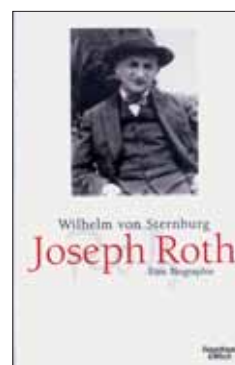

Heiner Flassbeck:

Gescheitert.

Westend Verlag,

München 2009;

263 S., 20,60 €

☐ Stk.


Wilhelm von Sternburg:

Joseph Roth.**Eine Biographie.**

Verlag Kiepenheuer&Witsch,

Köln 2009;

559 S., 23,60 €

☐ Stk.


Peter Zudeick:

Tschüss, ihr da oben.

Verlag Westend,

Frankfurt/Main 2009;

233 S., 17,50 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der **Buchhandlung Löwelstraße****1014 Wien, Löwelstraße 18****Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534 27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at**

Zu bestellen

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



AK-WAHL

Gemeinsam für die ArbeitnehmerInnen

Vier der neun Bundesländer befinden sich mitten in den AK-Wahlen, zwar in unterschiedlichen Phasen, aber mit einem gemeinsamen Ziel: Stärkung der ArbeitnehmerInnenrechte.

72.000 burgenländische ArbeitnehmerInnen können seit Montag ihre Vertretung im Rahmen der Arbeiterkammerwahl wählen. Als Spitzenkandidat für die FSG tritt AK-Präsident Alfred Schreiner an, der 2004 mit 37 von 50 Mandaten einen fulminanten Sieg einfuhr. Schon aufgrund der wirtschaftlichen Lage ist eine ähnlich erfolgreiche Wahl von absoluter Notwendigkeit für Schreiner: „Durch die Wirtschaftskrise kommen auch solide Unternehmen ins Schleudern und es wackeln die Arbeitsplätze. In dieser schwierigen Situation brauchen die ArbeitnehmerInnen, mehr denn je eine starke Interessensvertretung.“

Soziale Sicherheit für die Menschen

Für den burgenländischen AK-Präsidenten ist der Fokus auf die Aus- und Weiterbildung der Jugend, die Sicherung der Arbeitsplätze und die Absicherung der sozialen Leistungen gerichtet. „Wir müssen vorrangig Arbeitslosigkeit bekämpfen und wir brauchen eine gerechte Umverteilung bei den Einkommen und mehr Geld für Aus- und Weiterbildung“, fordert Schreiner. Ihm ist bewusst, dass die Zukunft unseres Lan-



In Wien hat der Auftakt für die AK-Wahl soeben begonnen, im Burgenland endet sie am 31.3. (Links Mitte: FSG-Spitzenkandidat Tumpel, rechts: Burgenlands AK-Präsident Schreiner)

des in den Händen der Jugend liegt, daher gilt es diese auch dementsprechend zu fördern. „Wir verlangen von der Wirtschaft verbindliche Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Und nicht zuletzt fordern wir bessere Chancen für die Jugend und ein funktionierendes soziales Netzwerk“, macht Schreiner deutlich. Seine Kritik richtet der Burgenländer an die „schwarzen ArbeitnehmervertreterInnen“, die sich stets an die ÖVP-Parteilinie halten und dadurch sogar arbeitnehmerInnenfeindliche Forderungen mittragen. Zudem spricht er sich klar gegen Neoliberalismus und Spekulation aus, da ArbeitnehmerInnen dadurch schwer unter Druck geraten. Der Spitzenkandidat fordert daher mehr Kontrolle durch Staat und Gewerkschaften und kämpft nicht zuletzt deswegen für die Stärkung der FSG in der Arbeiterkammer und damit für die Stärkung der ArbeitnehmerInnen.

Startschuss in der Bundeshauptstadt

„Die ArbeitnehmerInnen haben die Krise nicht verursacht und wollen sie auch nicht bezahlen“, stellte der Wiener AK-Präsident und FSG-Spitzenkandidat Herbert Tumpel beim Wahlkampfauftakt der FSG Wien vor kurzem klar. Er kämpft mit seiner Fraktion um die Stimmen von 640.000 ArbeitnehmerInnen, für deren Rechte er gerade in Krisenzeiten umso stärker eintreten will. Des-

halb werden auch die Aussagen mancher WirtschaftsvertreterInnen, ArbeitnehmerInnen sollten einen Lohnverzicht in Kauf nehmen, von Tumpel besonders verurteilt.

Ganz im Gegenteil, so Tumpel, sollten jene Unternehmen, die Staatshilfen in Anspruch nehmen, viel mehr in die Pflicht genommen werden. Neben der Begrenzung der Managergehälter spricht sich der Wiener AK-Präsident für den „Einsatz der Gewinne für die Schaffung neuer und vor allem für die Erhaltung bestehender Arbeitsplätze“ aus. „Denn es geht jetzt nicht darum, Aktionäre zu retten, sondern die Arbeitsplätze“, machte der Spitzenkandidat deutlich. Die FSG fordert daher unter anderem mehr Investitionen in Infrastruktur und Ausbildung, sichere Jobs für junge Menschen und bessere Aufstiegschancen für Frauen. Beginn der AK-Wahl in Wien ist der 5. Mai und eine Stimme für die FSG ist eine Stimme für eine starke Kraft, „die es gerade in der Krise braucht, die ArbeitnehmerInnen schützt und für ein gerechtes System kämpft“, so Tumpel.

Endrunde für Steiermark und Oberösterreich

Im Wahl-Endspurt befindet sich die FSG in Oberösterreich und der Steiermark. Bis 28.3., also kommenden Samstag, kann man noch in Oberösterreich seine Stimme abgeben, die Steirer können noch bis 1.4. wählen. ♦

HINTERGRUND

Weitere Wahltermine und die FSG-Spitzenkandidaten

AK Oberösterreich: 16. 3. – 28. 3.
AK-Präsident **Johann Kalliauer**

AK Steiermark: 19. 3. – 1. 4.
AK-Präsident **Walter Rotschädl**

AK Burgenland: 23. 3. – 31. 3.
AK-Präsident **Günther Goach**

AK Niederösterreich: 5. 5. – 18. 5.
AK-Vizepräsident **Hermann Haneder**

AK Wien: 5. 5. – 18. 5.
AK-Präsident **Herbert Tumpel**

NIEDERÖSTERREICH

ÖVP verhindert FSG Kandidatur



Die ÖVP NÖ demonstrierte bei den Personalvertretungswahlen der Landesbediensteten ihr zweifelhaftes Verständnis von Demokratie.

Kurz vor der Wahl, wie Landesgeschäftsführer Günther Steindl berichtet, entschied die ÖVP-dominierte Landeswahlkommission, dass die Kandidatur der FSG – ausgenommen im Landhaus – rechtlich nicht möglich ist. Trotz juristischem Gutachten und der Wahlordnung entsprechender Kandidatur wurde die FSG von den Wahlen in anderen Dienststellen, wie etwa Landeskindergrärten, Bezirkshauptmannschaften, etc. ausgeschlossen. „Pröll, Sobotka und Co. sind die Garanten dafür, dass in Niederösterreich mitunter demokratiepolitische Verhältnisse wie in Nordkorea herrschen“, ist Steindl entsetzt über dieses Vorgehen. FSG-Spitzenkandidat Michael Fertl ap-



SPÖ Burgenland

LGF Günther Steindl, LR Karin Scheele und FSG-Spitzenkandidat Michael Fertl (Mitte) mit dem FSG-Team.

pellierte an die Bediensteten, ihren Unmut über diese undemokratischen Verhältnisse in Form einer ungültigen Stimme kundzutun – mit Erfolg. „Diesmal gab es 1.304 ungültige Stimmen, das sind 10,05 Prozent. 2004 waren es nur knapp

über 6 Prozent“, so Fertl. Steindl ergänzt weiter, dass jede/jeder Fünfte ungültig oder gar nicht gewählt hat. Dies ist ein deutliches Zeichen, „dass die Landesbediensteten demokratische Verhältnisse wollen.“ ♦

WIEN

Neuer Stadtrat: Christian Oxonitsch



Der bisherige Klubobmann der SPÖ Wien, Christian Oxonitsch, tritt die Nachfolge der scheidenden Vizebürgermeisterin Grete Laska an.

Der 47-jährige Christian Oxonitsch wird neuer Stadtrat in der Wiener Landesregierung und übernimmt die Agenden Bildung, Jugend, Information und Sport. Die Vizebürgermeister-Funktion Laskas übernimmt Wohnbaustadtrat Michael Ludwig. Die offizielle Amtsübergabe erfolgte am Donnerstag im Rahmen des Gemeinderates. ♦



Gewista

Seine politische Laufbahn begann 1991 als Bezirksmandatar in Ottakring – der neue Stadtrat Christian Oxonitsch.

SPÖ FRAUEN

Bessere Arbeitsbedingungen



Bei einer internationalen Frauenkonferenz in Brasilien haben sich die SPÖ Frauen eines brisanten Themas angenommen.

Denn Millionen von Frauen müssen weltweit das Gleiche erleben: Sie müssen das Überleben ihrer Kinder sichern, den Haushalt führen und am Feld arbeiten. Und sie haben dabei mit Nahrungsmittelknappheit, Krankheiten und der globalen Klimaerwärmung zu kämpfen. Daher machen sich die SPÖ Frauen jetzt für bessere Arbeitsbedingungen für Frauen stark, die freilich auch Zugang zu Ressourcen und Bildung brauchen. ♦



SPÖ Frauen

Delegation der SPÖ Frauen bei der Sozialistischen Fraueninternationale in Porto Alegre, Brasilien. V.l.: Bettina Stadlbauer, Barbara Prammer und Maria Jonas.



Henisch

Europawahl – Gelegenheit und Chance

Österreich hat im fünfzehnten Jahr seiner Mitgliedschaft in der Europäischen Union wieder Wahlen zum Europäischen Parlament zu schlagen.

Die herannahende Wahl am 7. Juni und die zu führende Wahlauseinandersetzung fallen in die Zeit der härtesten und bei weitem noch nicht in vielen ihrer Auswirkungen absehbaren Weltwirtschafts- und Finanzkrise seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Ist eine allgemeine Wahl und das Abschneiden einer politischen Bewegung wie der Sozialdemokratie dabei an sich schon von höchster Bedeutung für die wählenden BürgerInnen, so gewinnt sie angesichts der schweren Krise noch enorm an zusätzlicher Wichtigkeit.

Meinungsbefragungen, die zuletzt durchgeführt wurden, zeigen eine – wenn auch nur leicht gewachsene – Zustimmung der Österreicherinnen und Österreicher zum europäischen Einigungswerk an. In der schweren Krise nicht allein dazustehen, ist offensichtlich ein Faktor, der wirkt. Trotzdem darf man sich mit diesem geringen Umschwung nicht

schreier am rechten Rand mit Boulevardunterstützung gar nicht unbedeutend in Szene setzen. Eine Partei wie die österreichische Sozialdemokratie hat sich dem entgegen zu stellen, indem sie ihr europapolitisches und damit ihr gesamtpolitisches Profil schärft. Und sie wird das auch tun. Zwecks grundsätzlicher politischer Standortbestimmung im Allgemeinen und im Licht der bevorstehenden Europawahl im Besonderen. In einer sachlichen Beurteilung bleiben die hetzerischen Angriffe der Blauen und der Orangen schon deshalb auf der Strecke, weil unsere Mitgliedschaft nicht einen Verlust, sondern einen Zugewinn an Einfluss brachte. Durch die enge wirtschaftliche Verflechtung mit dem europäischen Wirtschaftsraum war Österreich vor dem Beitritt in einer Situation der Abhängigkeit und des Nachvollzugs von Entscheidungen, auf die wir keinen Einfluss nehmen konnten. Souveränität kann sich nicht mehr in isoliertem Abseitsstehen äußern, sondern in der gleichberechtigten Teilnahme mit Sitz und Stimme dort, wo relevante Entscheidungen getroffen werden. Und wie alle einschlägigen Statistiken belegen, hat Österreich sowohl immateriell als auch wirtschaftlich und finanziell bedeutend profitiert. Die wesentlichste Errungenschaft im europäischen Projekt ist übrigens die gemeinsame Währung, der Euro. Würde in der aktuellen Finanzkrise die alleinstehende alte Landeswährung, der Schilling, Ziel von Devisenspekulationen geworden sein, wäre das finanzielle und wirtschaftliche Horrorszenario perfekt.

Der bevorstehende Europawahlkampf bietet nun die Chance und die Notwendigkeit für uns, nicht nur die Rechtsaußen in die Schranken zu weisen und die Konservativen zu kritisieren, sondern durch Bürgernähe, durch eine offensive und nachhaltige Informationspolitik und durch die Formulierung von zentralen sozialdemokratischen Inhalten, Sinn und Zweck, Vorteile und Herausforderungen des europäischen Einigungswerks auf unsere Fahnen zu heften.

Sollte jemand erwarten, dass die Vorstellungen, die ich hier im Grundsatz ausbreite und die demnächst detailliert präsentiert werden, aus Brüssel oder von sonstwo auf uns zukommen werden, liegt er leider falsch. Die Ideen und Initiativen müssen schon von uns selber ausgehen und gemeinsam mit den anderen sozialdemokratischen Parteien in den Mitgliedsländern zu konkreten politischen Vorstößen geformt werden. Das braucht Zeit, das braucht Geduld, das erfordert großen Arbeitseinsatz und Überzeugungskraft.

„Würde in der aktuellen Finanzkrise die alleinstehende alte Landeswährung, der Schilling, Ziel von Devisenspekulationen geworden sein, wäre das finanzielle und wirtschaftliche Horrorszenario perfekt.“

Die bevorstehende Europawahl bietet die nächste Gelegenheit für die SPÖ, sich als sozialbewegte, leistungsorientierte, europapolitische Kraft von der bloßen Abnickerpartei ÖVP zu distanzieren und damit auch die ArbeiterInnen, Angestellten, Selbstständigen und Führungskräfte, die Jugend und die SeniorInnen für die Stimmabgabe in unserem Sinn zu gewinnen. ♦

„Wie alle einschlägigen Statistiken belegen, hat Österreich sowohl immateriell als auch wirtschaftlich und finanziell bedeutend profitiert.“

zufrieden geben. Die beträchtliche Europa-skepsis hierzulande hat verschiedene Ursachen, die in gewisser Hinsicht zusammenhängen. Die Europäische Union wurde in den letzten Jahren als regulierungswütig, einseitig landwirtschaftsfördernd, sozial kalt, ohne Verständnis für nationale Eigenheiten oder spezifische Interessen empfunden. Wenig in den Vordergrund wurde gestellt, obwohl es auf der Hand liegt, dass es sich dabei schwerpunktmäßig um Politik der konservativen Mehrheiten in den Mitgliedsstaaten gehandelt hat. Österreichspezifisch ist hinzuzufügen, die Bundesregierung von 2000 bis 2006, namentlich das Duo Schlüssel/Plassnik, haben Europapolitik und Europavermittlungspolitik im Inland mit Grandezza unterlassen. Da auch die SPÖ schüchtern agierte, konnten sich die Antieuropa-

Franz Vranitzky (Hg.)
Themen der Zeit II

Franz Vranitzky (Hg.):
Themen der Zeit II.
Passagen Verlag,
Wien 2009, 48 €



Franz Vranitzky war von 1987 bis 1997 Bundeskanzler einer SPÖ-ÖVP-Koalition. In dieser Funktion führte er Österreich 1994 in die EU.

TERMINKALENDER

Montag, 30. März

Auf dem Weg zu einer europäischen Erinnerungskultur

Der Bürgermeister der Stadt Wien, Michael Häupl und der Stadtrat für Kultur und Wissenschaft, Andreas Mailath-Pokorny, laden im Rahmen der Wiener Vorlesungen zu einem Vortrag von Aleida Assmann zum Thema: „Auf dem Weg zu einer europäischen Erinnerungskultur“. Moderiert wird die Veranstaltung vom Historiker Helmut Konrad.

Beginn: 19 Uhr

Wiener Rathaus

Lichtenfelsgasse 2
1010 Wien

Dienstag, 31. März

Zweifel an der Ökonomie – Vertrauen in die Politik?



Fotolia

Die ökonomische Krise als politischen Auftrag will diese Veranstaltung des Renner-Instituts beleuchten. Nach einer Begrüßung vom Direktor des Renner-Instituts, Karl Duffek, wird der Professor des Instituts für Arbeitsmarkttheorie und -politik der Universität Wien, Herbert Walther, einen Vortrag halten. Kurzreferate dazu wird es von u.a. SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter geben. Moderiert wird der Abend von der stv. Direktorin des Renner Instituts, Barbara Rosenberg. Im Anschluss besteht die Möglichkeit zum Gespräch bei einem kleinen Imbiss.

Um Anmeldung wird gebeten: Renner-Institut, Abteilung Innenpolitik und politische Personalentwicklung,

Tel.: 01/804 65 01-0 oder per e-mail an:

post@renner-institut.at

Beginn: 18 Uhr

Renner-Institut

Khleslplatz 12
1120 Wien

Mittwoch, 1. April

Diaspora – Nationalismus: Jüdische Erfahrungen und universale Lehren

Das Bruno Kreisky Forum für internationalen Dialog lädt zum Vortrag im Rahmen der Reihe „Diaspora. Erkundungen eines Lebensmodells“. Der international anerkannte Wissenschaftler und Zeitungskolumnist, Natan Sznaider, referiert zum Thema Diaspora und Nationalismus.

Beginn: 19 Uhr

Bruno Kreisky Forum

für internationalen Dialog

Armbrustergasse 15
1190 Wien

Bis 11. April

Republikausstellung

Im Jahr 2008 feierte die Republik Österreich ihren 90. Geburtstag. Aus diesem Anlass ist im Parlament seit 12. November 2008 eine große Ausstellung zu sehen, die noch bis 11. April 2009 andauert. Unter dem Titel „Republik.Ausstellung 1918/2008“ stehen nicht nur die historischen Wurzeln der Republik im Fokus, auch die weitere Entwicklung Österreichs bis heute – mit allen wesentlichen Kontinuitäten und Brüchen – wird umfassend beleuchtet. Geöffnet ist die Ausstellung von Montag bis Freitag zwischen 9 Uhr und 19 Uhr, sowie an Samstagen zwischen 9 Uhr und 17 Uhr. Mehrmals täglich werden öffentliche Führungen angeboten. Der Ticketpreis beträgt ohne Führung 2 Euro, mit Führung 4 Euro. Kinder und Jugendliche können die Ausstellung kostenlos besuchen. Achtung: An Sitzungstagen des Nationalrats und des Bundesrats, an Feiertagen sowie an Tagen mit großen parlamentarischen Veranstaltungen ist kein Besuch der Ausstellung möglich.

Öffnungszeiten: 9 bis 19 Uhr

Parlament

Dr. Karl Renner Ring 1-3
1010 Wien.

Freitag – Samstag, 17.-18. April

Europa wählen 09 – Wahlkampfseminar

Unter dem Motto: „Neu! Jung! Wahlberechtigt! Herausforderung: Wählen mit 16“ veranstaltet das Renner-Institut ein Wahlkampfseminar. Das Seminar befasst sich mit der Frage, wie Jugendliche und junge Erwachsene im Wahlkampf gezielt angesprochen und eingebunden werden können. Werthaltungen junger Menschen und ihre Erwartungen an die Politik werden ebenso behandelt wie geeignete Techniken des Straßenwahlkampfes. Weitere Themen des Seminars sind professionelle Zielgruppensprache (Weblogs, SMS-Votings etc.), jugendgerechtes Aufbereiten von Wahlkampfthemen und Erarbeitung von lokalen Veranstaltungskonzepten. Zusätzlich werden kreative Wahlkampfaktionen aus erfolgreichen aktuellen Jugendkampagnen vorgestellt.

Kosten: Der Teilnahmebetrag und die Kosten für Übernachtung sowie die gemeinsamen Mahlzeiten werden vom Renner-Institut übernommen.

Anmeldung: Cristine Eichinger, Renner-Institut unter Tel.: 01/804 65 01/36 oder per e-mail:

eichinger@renner-institut.at

Renner-Institut

Khleslplatz 12
1120 Wien

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber:

SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18

Chefin v. Dienst: Mag^a. Ute Pichler

Redaktion: Markus Bacher, Mag. Gerald

Demmel, Daniela Fazekas, Alexander Lutz,

Peter Slawik, Sabine Weinberger

Layout: Thomas Lehmann, Bildredaktion: Emil

Goldberg, Coverfoto: SPÖ

Bildbearbeitung: Max Stohanzl,

Sekretariat: Michaela Pavelka,

Tel.: 01/534 27/275, Verlag der SPÖ GmbH.,

1014 Wien, Löwelstraße 18

Hersteller: LeykamDruck, Wr. Neustadt

E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at

Homepage: www.spoe.at



BKA

Faymann empfing Rumäniens Präsident Basescu

Vor kurzem besuchte der rumänische Präsident Traian Basescu das erste Mal Bundeskanzler Werner Faymann in Wien. Im Mittelpunkt des Gesprächs standen die wirtschaftlichen Beziehungen der beiden Länder, so hat Österreich mit 12 Milliarden Euro Investitionen einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung Rumäniens geleistet. Faymann versicherte Basescu sein Engagement in der EU zur Unterstützung der Osteuropastaaten.



SPÖ Salzburg

Burgstaller verteilt Glückskekse

So manches Mal überrascht die Salzburger Landeshauptfrau Gabi Burgstaller die Bevölkerung beim Kaffee, beim Essen oder Einkauf mit einem Glückskeks. Dieser von ihr verteilte Keks beinhaltet einen Glücksspruch, von der Landeshauptfrau selbst ausgewählt.



BMG

Stöger bei Gesundheits-Treffen in Linz

Gesundheitsminister Alois Stöger traf in Linz mit dem Schweizer Bundesrat Pascal Couchepin zu einem Arbeitsfrühstück zusammen. Der Fokus war dabei auf die Zukunft des Gesundheitswesens gerichtet. Couchepin zeigte dabei besonderes Interesse an der Steuerung im ambulanten Bereich, zudem erläuterte Stöger die Grundzüge unseres solidarischen Gesundheitssystems.